

Staatliche Deputation für Gesundheit			17. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 05.11.2013	Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr	Sitzungsende: 17.00 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Senator Dr. Schulte-Sasse			

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Gesundheit.

TOP 1:

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Protokoll der Sitzung vom 17.09.2013

TOP 3 Entwurf einer Gebührenordnung für Hebammen und Entbindungspfleger
(Vorlage L-97-18)

TOP 4 Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik
(Vorlage L-98-18)

TOP 5 Bericht der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven
(Vorlage L-99-18)

TOP 6 Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes – Berufung von Patientenfürsprecherinnen in den Planungsausschuss Krankenhaus
(Vorlage L-100-18)

TOP 7 Verschiedenes

TOP 2: Protokoll der Sitzung vom 17.09.2013

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 17.09.2013.

TOP 3: Entwurf einer Gebührenordnung für Hebammen und Entbindungspfleger (Vorlage L-97-18)

Die Verwaltung teilt auf Nachfrage von Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) mit, dass es zur Thematik der Haftpflichtversicherung für Hebammen und Entbindungspfleger noch keine abschließende Lösung gibt.

Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf einen offenen Brief hin, in dem auf die Situation der Hebammen und Entbindungspfleger hingewiesen worden ist und der den Verhandlungsführerinnen und -führern der zurzeit laufenden Koalitionsverhandlungen übermittelt wurde.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gebührenverordnung für Hebammen und Entbindungspfleger zu.

TOP 4: Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik (Vorlage L-98-18)

Staatliche Deputation für Gesundheit	Sitzung am: 05.11.2013	Protokoll-Seite: 2
--------------------------------------	---------------------------	-----------------------

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt der Ermächtigung des Senators für Gesundheit zum Abschluss eines Abkommens zwischen den Ländern Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg sowie der Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 5: Bericht der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven **(Vorlage L-99-18)**

Die Vertreter der in der Deputation vertretenen Fraktionen begrüßen die vorgelegten Berichte und danken für die interessanten Beiträge.

Im Anschluss beantworten die anwesenden Vertreter des Gesundheitsamtes Bremen einzelne Nachfragen der Deputierten.

Herr Bensch (CDU) geht auf die Berichterstattung für Bremerhaven ein und vertritt die Auffassung, dass es in der Aufgabenwahrnehmung Leistungseinschränkungen gegeben hat. Kritikwürdig ist der seiner Auffassung nach zu geringe Umfang der Kinder- und Jugendhilfebereitung. Weiterhin führt er aus, dass eine konkretere Benennung der Defizite dort wünschenswert gewesen wäre.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse weist darauf hin, dass die Berichterstattung zum Gesundheitsamt Bremerhaven zwar in der staatlichen Deputation für Gesundheit erfolgt, die Belange dieses Amtes allerdings eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung in Bremerhaven darstellen.

Mit dem Protokoll wird dieser Kritikpunkt allerdings auch in Bremerhaven bekannt, so dass von dort aus eine entsprechende Stellungnahme erfolgen kann.

Herr Bensch (CDU) weist auf die Berichterstattung zum Produkt 2.5.1 des Gesundheitsamtes Bremen hin und bittet um Auskunft, wann eine Berichterstattung/Zwischenbilanz zum Thema „Pflege und Gesundheit älterer Menschen vorgelegt wird.“

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass dies in einer der nächsten Deputationssitzungen erfolgen wird.

Frau Böschen (SPD) weist auf einen Fehler unter Produkt 2.2.4 des Gesundheitsamtes Bremen (Präventionsmaßnahmen zu HIV, AIDS und STD) hin. Die ausschließliche Gleichsetzung der Oberschule mit der Realschule ist nicht korrekt.

Herr Meinke (CDU) bittet um Auskunft, wann mit der Berichterstattung zum Gutachten zur Erwerbsfähigkeit im Spannungsfeld medizinischer und sozialer Problemlagen zu rechnen ist.

Die Verwaltung teilt mit, dass dieses Thema in der kommenden Sitzung der Deputation am 03.12.2013 behandelt werden soll.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt die Berichte der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven zur Kenntnis.

TOP 6: Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes – Berufung von PatientenführerInnen in den Planungsausschuss Krankenhaus **(Vorlage L-100-18)**

Beschluss

Die Deputation für Gesundheit schlägt dem Senator für Gesundheit Frau Sonja Schenk aus dem Kreis der PatientenführerInnen als Mitglied im Planungsausschuss Krankenhaus für die Dauer von vier Jahren vor.

Staatliche Deputation für Gesundheit	Sitzung am: 05.11.2013	Protokoll-Seite: 3
--------------------------------------	---------------------------	-----------------------

TOP 7: Verschiedenes

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Auskunft zum aktuellen Sachstand zum Ausbruch von Polio in Syrien und mögliche Auswirkungen durch sich in Bremen aufhaltende Flüchtlinge.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass Syrien bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges als vollständig geimpft galt.

Mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges hat auch die Impfdichte abgenommen.

Derzeit gibt es in Bremen 3 Kinder aus Syrien, die unter 3 Jahre alt sind und damit zur impfrelevanten Personengruppe gehören.

Das Gesundheitsamt ist informiert und kann, falls erforderlich, schnell reagieren und nachimpfen.

Weiterhin wird die Situation in Deutschland durch das RKI beobachtet und begleitet.

Herr Hamann (SPD) bittet um Auskunft, zum Sachstand des Verfahrens zur Ausstellung der elektronischen Versichertenkarte der Krankenversicherung. Er weist auf entsprechende Informationen der Versicherungen an die Versicherten hin, die auf die bevorstehende Ungültigkeit der ohne Lichtbild erstellten Versichertenkarten hingewiesen haben.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse sagt eine Klärung dieser Frage und eine Veröffentlichung auf der Internetseite des Ressorts zu, die dann jedermann zur Verfügung steht.

Hinweis der Verwaltung:

Zu diesem Thema wurden den Mitgliedern der Deputation eine Darstellung der aktuellen Sachlage sowie ein „Link“ zum gkv Spitzenverband per Mail zur Verfügung gestellt.

Eine Veröffentlichung auf der Internetseite des Ressorts erfolgt ebenfalls.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse geht auf die Berichtsbitte der Fraktion der CDU und die in diesem Zusammenhang aktuelle Presseberichterstattung zur Einführung eines klinischen Krebsregisters ein.

Er führt aus, dass die Ausführungen dieser Presseberichterstattung unzutreffend sind.

Bisher hat kein Bundesland ein klinisches Krebsregister eingerichtet, zumal das Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz (KFRG) erst am 09. April des Jahres in Kraft getreten ist.

Bis zum 31.12.2013 soll der Spitzenverband Bund der Krankenkassen im Benehmen mit den Ländern Förderkriterien entwickelt haben. Derzeit läuft hierzu das Abstimmungsverfahren.

Die Mittel zur Förderung von Investitionen, die von der Deutschen Krebshilfe vergeben werden, werden nach einem strukturierten Verfahren unter den Ländern verteilt, um einen „Wettlauf um die Fördermittel“ zu vermeiden. Die Kriterien für das entsprechende Antragsverfahren werden derzeit von der Deutschen Krebshilfe erarbeitet, so dass bisher kein Land Mittel von der Deutschen Krebshilfe abrufen konnte.

Auch hier ist Bremen beteiligt; die Planungen für den Aufbau eines klinischen Krebsregisters laufen.

Bremen hat also, entgegen den Ausführungen der Presse durchaus mit der nötigen Prioritätensetzung gearbeitet. Von Versäumnissen der Gesundheitsbehörde, wie dargestellt, kann keine Rede sein.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse weist darauf hin, dass die nächste Sitzung der Deputation im Siemens Hochhaus (Raum 14.01, 14.02) stattfinden wird.

Vorsitzender

Sprecherin

Protokollführer